

EURO-PLUS-PAKT:

Pakt der ökonomischen Unvernunft und sozialen Kälte

Die Staats- und Regierungschefs haben am 24./25. März 2011 ein neues Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem sie die Finanzkrise überwinden und zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren wollen. Zu diesem Maßnahmenpaket gehört auch der „Euro-Plus-Pakt“, der im Entwurf „Pakt für den Euro“ hieß.

Dieses Maßnahmenpaket beinhaltet drei längst überfällige, wichtige Schritte:

Richtig ist,

- die Zinssätze für Darlehen an Griechenland zu senken und ihre Laufzeiten zu verlängern,
- es der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) bzw. dem zukünftigen ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus) zu ermöglichen, in Ausnahmefällen Staatsanleihen direkt aufzukaufen und
- die effektive Darlehenskapazität des ESM ab 2013 auf 500 Milliarden Euro zu erhöhen. Diese Summe wird allerdings nicht ausreichen, wenn wirklich ein großer Mitgliedstaat in Liquiditätsprobleme kommt.

Aber ohne eine rasche und wirksame Regulierung der Finanzmärkte, insbesondere die Bekämpfung der Spekulationen und Austrocknung der Steueroasen, helfen all diese Maßnahmen mittel- und langfristig nicht. Es könnten dann weitere Angriffe auf die Mitgliedstaaten drohen und damit der Refinanzierungsdruck auch in den Ländern wachsen, die heute noch als stabil gelten. Die Krisenländer brauchen dringender denn je eine Wachstums- und keine Schrumpfungsstrategie, um aus der Krise herauszuwachsen. Ohne Wachstum droht ihnen trotz massiver Einschnitte und rigoroser Ausgabenkürzungen die Schuldenfalle. Nur ein robustes Wachstum und ein gerechtes Steuersystem bilden eine solide Grundlage für eine konjunkturgerechte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Ohne Bändigung der Finanzmärkte, ohne wirtschaftliche Prosperität und ohne einen gerechten Lastenausgleich würde eine Krise der anderen folgen. Mit den oben genannten Maßnahmen hat die Eurozone wieder Zeit gewonnen, grundlegende Reformen durchzuführen. Die Frage ist, ob die Zeit dafür reicht und welche Maßnahmen die Regierungen durchführen wollen. Dazu finden sich im Euro-Plus-Pakt Antworten, allerdings stark verklausuriert.

Es ist falsch einen „Euro-Plus-Pakt“ anzunehmen, der einerseits die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone einzig und allein auf Kosten der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern und andererseits die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise entstandene Verschuldung der öffentlichen Haushalte vorrangig durch massive Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme zurückfahren will. Insbesondere von Bundeskanzlerin Angela Merkel getrieben, wird hier eine Politik „Friss, Vogel, oder stirb“ zu Lasten der Menschen gemacht. Entweder man folgt den Vorschlägen, oder es gibt keine weiteren Finanzhilfen. Wieder einmal sollen die Verursacher der Krise ungeschoren davonkommen. Nach deutschem Muster soll Lohndumping und Niedriglöhnen Vorschub geleistet werden, vor Steuerdumping und Kapitalflucht wird hingegen kapituliert. Der Pakt steht für eine soziale Schieflage von großem Ausmaß.

Denn er ist ein **Pakt gegen die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.**

Unter dem Deckmantel einer „produktivitätsorientierten Lohnpolitik“ sieht der „Euro-Plus-Pakt“ vor, in die Tarifautonomie und die historisch gewachsenen Lohnbildungsprozesse der Mitgliedstaaten einzugreifen, die Lohnfindung möglichst auf die Betriebsebene zu verlagern und die Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor wie im Privatsektor möglichst niedrig zu halten. Mit moderaten Lohnabschlüssen sollen die Wettbewerbsfähigkeit gesichert und übermäßige Steigerungen der Lohnstückkosten verhindert werden. Um zu bewerten, ob die Löhne sich entsprechend der Produktivität entwickeln, sollen die Lohnstückkosten über einen Zeitraum hinweg beobachtet und mit den Entwicklungen in anderen Ländern des Euro-Währungsgebiets sowie in den Ländern, die die wichtigsten vergleichbaren Handelspartner sind, verglichen werden. Für jedes Land sollen die Lohnstückkosten für die Wirtschaft insgesamt und für jeden wichtigen Sektor (verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen sowie die Wirtschaftszweige für handelbare und nicht handelbare Güter) bewertet und festgelegt werden. Ziel ist es, einen starken Anstieg der Löhne und dadurch der Lohnstückkosten zu verhindern – vor allem dann, wenn sie mit einer Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits und rückläufigen Marktanteilen bei den Exporten einhergehen. Nicht zuletzt sollen Arbeitsmarktreformen zur Förderung der "Flexicurity" ergriffen werden. Übersetzt heißt das nichts anderes als eine weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Erleichterung von Heuern und Feuern. Denn was in den Schlussfolgerungen der Staats- und Regierungschefs verklausuliert enthalten ist, steht deutlich im Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission 2011 (er gehört ebenfalls zum Maßnahmenpaket). Dort heißt es wörtlich: „Arbeitsschutzvorschriften sollten reformiert werden, um den übermäßigen Schutz von Beschäftigten mit unbefristeten Verträgen zu reduzieren und denjenigen, die außerhalb oder am Rand des Arbeitsmarkts stehen, einen gewissen Schutz zu vermitteln.“

Das zeigt, dass die Staats- und Regierungschefs nichts aus der Krise gelernt haben. Denn gerade die Länder, in denen Arbeitnehmerrechte und eine hohe Flexibilität des Tarifsystems gewährleistet sind und die auf deren Grundlage große Anstrengungen unternommen haben, die Beschäftigung zu halten und zu sichern, sind besser aus der Krise gekommen als Länder mit komplett flexibilisierten Arbeitsmärkten.

Der nun einer scheinbar ökonomischen Logik folgende Pakt hat weitreichende Folgen für die Arbeitnehmerschaft und die europäischen Gewerkschaften:

- Die Tarifautonomie gilt nur im Rahmen der ermittelten Produktivitätsentwicklung, der Inflationsausgleich fehlt;
- die Dezentralisierung der Lohnfindung würde die Funktion der Flächentarifverträge beeinträchtigen und zur Lohnpolitik nach betrieblicher Kassenlage führen;
- das würde wiederum die Lohnspreizung nicht nur zwischen den Branchen, sondern zwischen den Betrieben vergrößern.

Letztendlich werden die empfohlenen Maßnahmen auf Kosten der Arbeitnehmerschaft gehen und eine Schwächung von Arbeitnehmerinteressen zur Folge haben.

Pakt gegen soziale Sicherungssysteme

Unter dem Vorwand der langfristigen Sicherung der öffentlichen Haushalte zielt der Pakt zugleich auf Einschnitte in die Sozialversicherungssysteme ab. Um die vollständige Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu gewährleisten, werden Renten, Gesundheitsfürsorge und Sozialleistungen zur Disposition gestellt. Dabei wird die Angleichung des Rentensystems an die Veränderung der Lebenserwartung gekoppelt. Konkret heißt das: wenn die Lebenserwartung um „X“ steigt, soll die gesetzliche Altersgrenze quasi automatisch um „Y“ heraufgesetzt werden. Um Rentenkürzungen zu kompensieren, soll die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesteigert werden,

doch wie mögliche Anreize dafür aussehen, bleibt völlig offen. Und auch der Anstieg der Gesundheitsausgaben soll überprüft und möglichst begrenzt werden. Übersetzt heißt das: Welche Leistungen können wir den Kranken noch kürzen? Welche Zusatzbeiträge ihnen noch aufbrummen?

Mit diesen Vorgaben wird mehr als deutlich, dass die Sanierung der durch die Krise hochverschuldeten öffentlichen Haushalte auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geleistet werden soll. Das führt unweigerlich zu einer weiteren Aushöhlung des Sozialstaatsprinzips.

Pakt gegen ein demokratisches Europa

Während die Staats- und Regierungschefs die Bürgerinnen und Bürger glauben machen wollen, dass dies ein Fortschritt in Sachen europäischer Integration sei, ist das Gegenteil der Fall. Die Entscheidung, den Pakt nicht im Rahmen der Gemeinschaftsmethode zu initiieren, hat weitreichende Folgen:

- Erstens kann man so ungehindert in Politikbereiche eingreifen, auf die man europäisch ansonsten keinen Zugriff hat (wie Löhne und Renten).
- Zweitens werden dabei die anderen europäischen Akteure, wie das Europäische Parlament, weitgehend außen vor gelassen.

Die Gemeinschaftsmethode hat im Gegensatz zur Regierungszusammenarbeit eingebaute Kontrollmechanismen. Durch die jetzige Konstruktion des Paktes verfügen aber allein die Regierungen im Rat über weitreichendste Kompetenzen.

Dabei ist hinlänglich bekannt, dass die Europäischen Räte durch „Tauschgeschäfte in Hinterzimmern“ gekennzeichnet und jeder Kontrolle und Transparenz entzogen sind. Gleichzeitig sind sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente schnell auf die Zuschauerbänke verwiesen. Mit der Kombination verschiedener Instrumente und Verfahren, die zum Maßnahmenpaket gehören und gleichzeitig angewendet werden – verpflichtende Maßnahmen für alle, Selbstverpflichtungen für einige, rigorose Vorgaben für die „Rettungskandidaten“ –, versucht man außerdem zu verschleiern, dass dieses Maßnahmenpaket auf wackeligen Füßen steht. Denn bestimmte Bereiche, zu denen Maßnahmen vorgeschlagen werden, auf die sich die Regierungschefs jetzt „freiwillig“ verpflichten sollen, sind laut Vertrag ausdrücklich von europäischen Eingriffen ausgenommen. So kann die EU bei Arbeitsentgelt, Koalitionsrecht und Streikrecht ausdrücklich nicht tätig werden. Deshalb bedient man sich hier der „freiwilligen nationalen Selbstverpflichtung“, die nach Brüssel gemeldet und dort von der EU-Kommission kontrolliert und im Europäischen Rat diskutiert wird. Die EU-Kommission gibt zudem Empfehlungen ab und kann sich auch zu Maßnahmenbereichen äußern, zu denen Regierungschefs sich bis dahin nicht verpflichten wollten oder konnten. Durch öffentlichen Druck können so Fakten geschaffen werden.

Inzwischen gibt es drei Gruppen von EU-Mitgliedstaaten:

1. Die Mitgliedstaaten, die unter die Rettungsmaßnahmen fallen, geben ihre Souveränität ab; in nationale Rechte, Garantien und Verträge wird massiv eingegriffen; Tarifverträge werden außer Kraft gesetzt; Mindestlöhne reduziert und Renten gekürzt.
2. Die Regierungschefs der Mitgliedstaaten, die sich dem Pakt angeschlossen haben, nämlich die Euro-Länder plus Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien (deshalb jetzt „Euro-Plus-Pakt“ genannt) verpflichten sich, jährliche Zielvorgaben und Verpflichtungserklärungen vorzulegen, um den Pakt umzusetzen. Auf der Tagung des

Europäischen Rates im Juni 2011 sollen diese Maßnahmen bereits geprüft werden. Damit betrifft der Pakt die überwiegende Mehrzahl der Mitgliedstaaten.

3. Folgende Mitgliedstaaten haben sich dem Pakt (noch) nicht angeschlossen: das Vereinigte Königreich, Schweden, Ungarn und Tschechien.

Aus all den genannten Gründen lehnt der DGB den „Euro-Plus-Pakt“ entschieden ab.

Europa braucht stattdessen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit, Wachstum und Beschäftigung!

Zentrale Elemente dieses Kurswechsels sind:

- Die Autonomie der Tarifpartner muss unangetastet bleiben;
- die solidarischen Sozial-, Renten-, und Gesundheitssysteme dürfen nicht der Sanierung der öffentlichen Haushalte geopfert werden;
- faire Löhne sowie Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping;
- ambitionierte Investitions- und Innovationsprogramme statt Schuldenbremse und Lohndumping, damit mit Zukunftsinvestitionen Wachstum, Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand für alle entstehen;
- gerechte Steuersysteme und solide und nachhaltige Steuereinnahmen. Diese müssen europaweit koordiniert werden. Steuerflucht und Steuerdumping dürfen in Europa keinen Platz mehr haben;
- eine sofort eingeführte Finanztransaktionssteuer zumindest in der Eurozone, die die Steuereinnahmen erhöht.

Der neoliberale Politikansatz hat die Finanzkrise mit verschuldet – es ist völlig unbegreiflich, dass er durch den „Euro-Plus-Pakt“ in neuer Radikalität die europäische Politik dominiert. Europa darf nicht vor den Finanzmärkten kapitulieren, die erpresserisch darauf drängen, die Kosten allein auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Verbraucherinnen und Verbraucher abzuwälzen, die Finanzmärkte nicht strenger zu kontrollieren und stattdessen Europa weiter zu deregulieren. Bisher können sie sicher sein: Was immer auch passiert, welche Rettungspakete auch immer aufgelegt werden, die von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beglichen werden müssen – sie verdienen sich daran eine goldene Nase.

Wenn wir nicht mehr Europa schaffen, d. h. eine wirkliche Währungs- und Wirtschaftsunion auf den Weg bringen, gepaart mit einer strengen Regulierung der Finanzmärkte, sind neue und tiefe Krisen vorprogrammiert. Alternativen sind möglich und nötig.